

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 30 (1951)
Heft: 11

Artikel: Nationalratswahlen ohne Entscheidung
Autor: Nägeli, Hans
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-336617>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ROTE REVUE

30. Jahrgang

November 1951

Heft 11

HANS NÄGELI

Nationalratswahlen ohne Entscheidung

Zwischen den Wahlterminen von 1947 und 1951 liegt eine wirtschaftliche Prosperitätsperiode, die in der ersten Hälfte des Jahres 1950 abzubröckeln begann, dann aber infolge der Auswirkungen des Koreakrieges wieder in eine eigentliche Spitzenkonjunktur einmündete. Die Generation der Zwanzig- bis Dreißigjährigen erlebte nach dem zweiten Weltkrieg nur Zeiten wirtschaftlicher Hochblüte, in welchen die Arbeitskraft gefragt und aus diesem Grunde schon etwas besser bewertet war als ehemals. Die Erinnerung an eine Krise, die ihren Tiefstand mit einer heute für unser kleines Land fast unvorstellbaren Zahl von über 100 000 Arbeitslosen erreichte, verblaßt mehr und mehr. Die jüngere Generation erlebte die Krisenanfälligkeit des kapitalistischen Wirtschaftssystems an sich selbst überhaupt nie, und die Geschichte der Arbeiterbewegung mit ihren schweren Kämpfen ist ihr größtenteils unbekannt. Zwar existiert in ihrem Bewußtsein die Notwendigkeit starker Gewerkschaften und solidarischen Handelns im Kampfe um Tagesfragen. Für weiterreichende, sozialistische Grundfragen fehlt ihr jedoch zum Teil das Verständnis.

Die erfreuliche Erstarkung der Gewerkschaften reicht heute in den meisten Fällen aus, höhere Löhne, Ferien und andere soziale Errungenschaften auf dem Wege eines hochentwickelten Vertragswesens zu erkämpfen, zumal das Unternehmertum im allgemeinen durchaus in der Lage ist, Konzessionen ohne Schmälderung der erhöhten Profitrate zuzugestehen. Eine gewisse Verflachung ist aber unverkennbar im Denken der breiten Massen, die in einer fast kleinbürgerlichen Unbekümmertheit ihren Ausdruck findet. Sie wird allerdings eines Tages schockartigem Erwachen weichen, weil die heutige Konjunktur weitgehend auf der tragischen, spannungsvollen Weltlage beruht und früher oder später zusammenzubrechen droht.

Wir erwähnen diese Tatsachen nicht deshalb, weil wir etwa der Meinung wären, das sozialistische Programm könne in Zeiten wirtschaftlicher Krise eher verwirklicht werden. An Verelendungstheorien finden wir keinerlei Geschmack. Sicher aber ist, daß die verhältnismäßig lange Dauer ununterbrochener Konjunktur das Verständnis für sozialistische Lösungen nicht besonders zu wecken vermocht, sondern teilweise verwischt hat.

So richtig unsere Zielsetzungen auch sind — der Durchschnittsmensch lernt eben zumeist nur aus der eigenen Erfahrung. Unter den heute vorhandenen Voraussetzungen war denn auch für die Wahlen kein eigentlicher Umbruch zu erwarten.

Hinzu kommt die weitere Tatsache, die wir vielleicht überhaupt zuwenig würdigen. Der Sozialismus ist als Idee und auch als Bewegung seit seinem Bestehen durch nichts dermaßen geschädigt und erschüttert worden, wie durch seine Entartung unter der terroristischen Diktatur des Ostens. Solange der demokratische Sozialismus nur ein vager, kaum faßbarer Begriff blieb, befanden wir uns trotz unserer absolut demokratischen Überzeugung im Schein eines flackernden Zwielfichtes, und diese Situation hat das schweizerische Großbürgertum zu seinem Nutzen reichlich ausgebeutet. Kurz vor der Wahl erst gelang es der neugebildeten sozialistischen Internationale, vor allem unter dem Einfluß der englischen Arbeiterpartei, sich eine tragfähige, überzeugende sozialistisch-demokratische Grundlage zu schaffen. Auch hier besteht ein Faktor, der die Möglichkeit eines Linksrutsches schon im gegenwärtigen Zeitpunkt wenig wahrscheinlich werden ließ.

Den Mandatzahlen nach hat sich denn auch sozusagen überhaupt nichts geändert. Die Freisinnige Partei, zwar um ein Mandat verkürzt, behält die stärkste Fraktion im Nationalrat. Sie wird in dieser Stellung hart bedrängt durch die sozialdemokratische Fraktion, die beim Gewinn eines Mandates heute 49 Köpfe zählt. Unmittelbar nachher folgt aber die katholischkonservative Fraktion, die ihren Bestand bei einem Gewinn von vier Mandaten auf 48 Sitze zu erhöhen vermochte. Auch die BGB erfuhr eine Verstärkung um zwei auf 23 Mandate. Bei den kleinen Fraktionen ergaben sich nur geringe, für sie aber doch sehr fühlbare Verschiebungen. Mit unverdientem Wahlg Glück vermochte die PdA beim Verlust von zwei Mandaten die Fraktionsstärke von fünf Mann zu bewahren. Vollständig ausgeschaltet wurden die beiden Freiwirtschaftler, und zwar trotz ihrer widernatürlichen Listenverbindung mit dem Landesring.

Wichtiger und allein maßgebend für die Beurteilung der Parteistärke sind natürlich die Wählerzahlen. Wenn nicht Listenverbindungskniffe und

andere Faktoren ihre volle Auswirkung verhindert hätten, müßte die Sozialdemokratische Partei heute die stärkste Fraktion im Nationalrat haben, denn den Wählerzahlen nach ist sie mit rund 260 000 Wählern die weitaus stärkste Partei. Sie vermochte die Zahl ihrer Wähler um rund 8600 zu erhöhen. Darin liegt das einzig Bedeutsame dieser Wahl. Wohl haben auch die großen bürgerlichen Gruppen zum Teil starke Wählergewinne zu verzeichnen, so die Freisinnigen und die Katholischkonservativen, ferner auch die BGB. Ihnen gegenüber hat die Sozialdemokratische Partei ihre Spitzenstellung behauptet.

Den Wählerzahlen nach tritt der verdiente Niedergang der PdA viel deutlicher in Erscheinung als unter bloßer Berücksichtigung der ihr zugefallenen Mandate. Diese vom Ausland her gesteuerte, im Jahre 1947 noch mit großen Konjunkturerwartungen aufgetretene Gruppe verlor immerhin rund die Hälfte ihrer damaligen Wähler. Überaus erfreulich ist, daß unsere welschen Freunde von früher verlorenem Terrain ganz Wesentliches wieder aufgeholt haben.

Die Nationalratswahl 1951 erleichtert verständlicherweise unsere Kampfpositionen keineswegs. Es bedarf mutigen und unablässigen, vollen Einsatzes der sozialdemokratischen Fraktion und Partei, die dringend notwendigen politischen, wirtschaftlichen und vor allem sozialpolitischen Lösungen durchzusetzen, die wir im Wahlkampfe geltend machten. Dazu ist auch die verständnisvolle Zusammenarbeit mit den freien, politisch unabhängigen Gewerkschaften unentbehrlich. In mehr denn einer wichtigen Frage wird es notwendig sein, unter Ausnützung von Referendum und Initiative den direkten Appell an das Volk zu Hilfe zu nehmen. Unverkennbar steht die Tatsache fest, daß die Sozialdemokratische Partei sich wieder in aufsteigender Bahn bewegt. Bis in vier Jahren werden uns bei angestrengter sozialistischer Arbeit und positiver Leistung jene Früchte zufallen, die wir jetzt noch nicht ganz zur Reife brachten. Für das Ziel der sozialen und wirtschaftlichen Demokratie ist trotz der ausgebliebenen eigentlichen Entscheidung ein Kampf gewonnen worden.